

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2013)

Heft: 4: Energiewende : Ziel nicht erreicht!

Artikel: "Welche Wunder müssen geschehen, damit wir mit dem Uranabbau reich werden?"

Autor: Nidecker, Andreas / Schär, Katia

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586757>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Welche Wunder müssen geschehen, damit wir mit dem Uranabbau reich werden?»

Tansania möchte ins Uranabbau-Geschäft einsteigen: Andreas Nidecker von ÄrztInnen für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges (PSR/IPPNW Schweiz) hat mit anderen Nichtregierungsorganisationen eine Konferenz veranstaltet, um die lokale Bevölkerung über die Risiken zu informieren. Im Vorfeld besuchte er mit dem Aktivisten Anthony Lyamunda dessen Heimat, wo bereits Probebohrungen durchgeführt wurden.

Das Projekt soll bald beginnen. Mindestens 36'000 Tonnen lagern unter der Erde am Mkuju-Fluss. Und das ist nur einer der vielen Standorte, an dem Probebohrungen durchgeführt worden sind. Tansanias Regierung möchte zu den Grossen im Weltmarkt gehören und verspricht sich Reichtum und Arbeitsplätze. Das Wort, das all dies verheisst, gibt es in Kisuheli nicht: Uran.

Die Regierung ist alleine mit ihrer Vision

Von «den Mineralien» reden die Menschen, oder der «Sache», und können sich auch so kaum eine Vorstellung davon machen, welche Konsequenzen für die Umwelt und sie selber hinter dem Wort Uranabbau lauert. Wie sollten sie auch, sind sie doch in keinsten Weise in die Vision der Regierung involviert. Ohne Anmeldung seien Probebohrungen durchgeführt worden, erzählt Anthony Lyamunda, Direktor von CESOPE, einer NGO, die sich für Bürgerrechte, die Umwelt und gegen die Uranschürfung einsetzt.

Risiken und Folgen des Uranabbaus

Uran ist ein Schwermetall, das auch leicht radioaktiv ist. Bleibt es unter der Erde verschlossen, ist es für Mensch und Tier ungefährlich. Die mineralischen, toxischen und radioaktiven Eigenschaften des Erzes sind jedoch für die Arbeiter einer Uranmine ein grosses gesundheitliches Risiko. Wie in anderen Minen fördert der Feinstaub Lungenerkrankungen wie etwa die Staublung (Silikose).

Beim Uranabbau wird die Erdoberfläche oft grossflächig zerstört, und dann wird Uran gefährlich. Uranverseuchte Luft von den riesigen Abfallhalden und kontaminiertes Wasser aus den künstlich angelegten Abklingbecken gelangen in den menschlichen Körper und konzentrieren sich in Organen, dem Skelett, im Gehirn. Vor allem das Abbauprodukt beim radioaktiven Zerfall, Radongas, verursacht Nieren- und Lungenkrebs. Die chronisch ionisierenden Strahlen führen zu genetischen Defekten, die zu Frühaborten und embryonalen Schädigungen führen können. Schliesslich kann die Toxizität des Schwermetalls zu Haut- und anderen Erkrankungen führen.

Es sind diese gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter und die Produktionskosten, die zur Schliessung grosser Uranminen in Europa geführt haben (etwa in Wismut in der ehemaligen DDR). Allerdings wird Uranerz immer noch in vielen Ländern gefördert, zu den grössten Produzenten gehören Kanada, die USA, Australien, Russland, Kasachstan und Niger. Die Minengesellschaften, oft in ausländischem Besitz, haben bislang kaum Massnahmen ergriffen, die Abfälle zu entsorgen oder Landschaft und Lebensraum wieder herzustellen.

Uranvorkommen unter Reisfeldern

Lyamunda führt eine Gruppe von Wissenschaftlern und Ärztinnen, die zur Konferenz «Uranium Mining – Impact on Health and Environment» nach Tansania gereist ist, in seine Heimat, die Bahi Swamps, unweit der Hauptstadt Dodoma. Während der Regenzeit verwandelt sich die Savanne in ein riesiges Reisfeld, eine Seltenheit in Tansania. Danach wird die Region fast wüstenartig trocken, Wasser gibt es nur noch in weit entfernten Quellen.

Australier werden bohren – und verdienen

Auch hier sind Uranvorkommen entdeckt worden, unweit der einzigen Wasserfassung im näheren Umkreis. Auf den ausgetrockneten Feldern ragen alle hundert Meter abgesägte Plastikröhren aus dem Boden, Zeugen der Probebohrungen. Es ist denn auch keine tansanische Firma, die den Zuschlag für die Erkundungslizenz erhalten hat, sondern Mantra Tanzania Limited aus Australien.

Die Menschen in den Bahi Swamps sind extrem verunsichert: Wird es genug Wasser haben, um Reis anzubauen und Vieh zu halten, wenn doch der Uranabbau so viel benötigt? Und wird das Wasser radioaktiv belastet werden? Lyamunda erzählt, dass seit Ende letzten Jahres über 200 Bauern – und auch Kinder – die mit dem Wasser des Reisanbaus in Kontakt gekommen sind, mit schweren Gesundheitsproblemen zu kämpfen hätten. Keiner wisse, was es sei und woher es komme. Er habe daraufhin Auskunft über die bei den Bohrungen verwendeten Chemikalien verlangt – aber keine Antwort erhalten. Dafür steht Aktivist Lyamunda nun im Fokus der Behörden, und auch dieser «field trip» endet für ihn in einem dreistündigen Verhör auf der lokalen Polizeistation.

Schlechte Erfahrungen mit dem Goldabbau

Für die lokale Bevölkerung steht viel auf dem Spiel: Wie so oft in Afrika, ist das Landeigentum der Bauernfamilien nirgends schriftlich festgehalten, für die Dorfgemeinschaft zählt das Gewohnheitsrecht. Gegenüber einem ausländischen Investor, hinter dem der Staat steht, hat dieses aber kein Gewicht. Der wirt-



Foto: Andreas Nidecker

Sein Gesicht kennt in der Region um Dodoma jeder: Anthony Lyamunda, Direktor der Nichtregierungsorganisation CESOPE. Die Botschaft des Widerstands ist ihm das Wichtigste: Er trägt sie auf seinem T-Shirt.

schaftliche Wert von Reisanbau und Rinderzucht sei für die lokale Bevölkerung viel höher als der Ertrag aus dem Uranabbau, unterstreicht Lyamunda. Er zweifle sowieso daran, dass bei ihnen viel vom Erlös ankomme, denn er erinnert sich an die Erfahrungen Tansanias mit dem Gold: «Hat sich das Land dadurch irgendwie entwickelt? Welche Wunder müssen nun geschehen, damit wir mit dem Uranabbau reich werden?» Das gilt nicht nur für die Menschen in den Uranabbaugebieten, sondern für das ganze Land. Tansania wird wie beim Gold Förderlizenzen an ausländische Unternehmen abgeben und nur einen Bruchteil ihrer Gewinne erhalten.

Informieren und Widerstand aufbauen

Für Anthony Lyamunda steht fest: Der Preis ist zu hoch, Tansania soll auf den Uranabbau verzichten. Denn auch wenn Sospeter Muhongo, Minister für Energie und Bodenschätze, überzeugt ist, dass durch die Fortschritte in der Nukleartechnik sichergestellt werden könne, dass die Menschen in der Nähe der Minen nicht von der Strahlung der Uranerze betroffen sein würden, so sind die Gefahren für Mensch und Umwelt riesig (siehe Textbox: «Risiken und Folgen des Uranabbaus»).

Und Lyamunda und die Aktivistinnen und Aktivisten von CESOPE bleiben hartnäckig dabei, die Bevölkerung über

die Risiken zu informieren und den Widerstand aufzubauen: «Bahi without Uranium we can. Paddy is enough.» – «Wir schaffens in Bahi ohne Uranium. Reis ist genug.»

Andreas Nidecker* und Katia Schär

* Professor Dr. med. Andreas Nidecker ist im Vorstand der Schweizer Sektion von «ÄrztInnen für soziale Verantwortung und zur Verhütung eines Atomkrieges» (PSR/IPPNW Schweiz), eine Organisation, die sich für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen und den Ausstieg aus der zivilen Atomtechnologie einsetzt. Im Rahmen dieses Engagements fördern die PSR/IPPNW auch generell die Verbreitung des Wissens zu Aspekten der gesamten Nuklearkette.

Solarstrom statt Uranförderung

Nach der Konferenz «Uranium Mining – Impact on Health and Environment» verfassten die TeilnehmerInnen eine Erklärung, in der sie unter anderem festhalten, dass Uranabbau eine nachhaltige Entwicklung bremsen und empfehlen den Regierungen, stattdessen – für eine bessere ökonomische und ökologische Zukunft – auf technologische Unterstützung für erneuerbare Energien zu setzen. Energie sei ein wichtiges Thema für die meisten afrikanischen Länder. Aber auch in den Ländern, in denen Uran abgebaut wird oder werden kann, sei Solarenergie die viel bessere Option als Uran.

Quellen:

- Die Zeit 2011: www.zeit.de/2011/15/uranabbau-afrika-umwelt
- Deutsche Welle 2013: www.dw.de/gefährliches-uran-in-tansania/a-17143646
- UmweltFAIRaendern 2013: www.umweltfairaendern.de/2013/10/trouble-in-tansania-erkundung-fuer-uranabbau-in-der-region-bahi-bei-dodoma/